

mit Taiwan der SEF in Taiwan mitteilen, Vertreter und Experten würden zur genauen Information über die Untersuchung des Überfalls nach Zhejiang entsendet. Die Angehörigen der Opfer wurden ebenfalls eingeladen, dem Prozeß gegen die Verhafteten beizuwohnen.

Taiwans Geheimdienst behauptet jedoch, daß die drei Festgenommenen nur vorgeschobene "Sündenböcke" seien, an dem Massaker hätten insgesamt acht bis zehn Personen teilgenommen, darunter auch Angehörige der Volksbefreiungsarmee. Die Regierung in Taipei will erst nach einer vollständigen Klärung des Überfalls seine o.g. Sanktionen aufheben.

Der Überfall auf dem Qiandao-See hat nicht nur die Beziehungen beider chinesischen Seiten belastet, sondern auch das Vertrauen der Bürger Hongkongs in Beijing stark beeinträchtigt. Eine Meinungsumfrage vom 26.-28. April in der britischen Kolonie, die 1997 an China zurückgegeben wird, ergab, daß 61% der 506 befragten Erwachsenen sich nicht mehr vorbehaltlos auf die Reisesicherheit in China verlassen wie früher. 60% sagten aus, daß sich ihr Eindruck von Beijing durch dessen Haltung in der Behandlung des Vorfalls auf dem Qiandao-See weiter verschlechtert habe. (ZZ, Nr.254-258; FCJ, Nr.13-15; Taiwan aktuell, München, Nr.77 u. 81) -ni-

*(32)

Privatisierung staatlicher Unternehmen nach wie vor ohne Erfolg

Taiwans private Investoren zeigen weiterhin wenig Interesse am Kauf von Aktien staatlicher Unternehmen. Zur Finanzierung der großen Bauprojekte des laufenden Sechsjahresplans hatte die Regierung 1989 mit einem Programm zur Privatisierung einer Reihe von Staatsunternehmen begonnen. Bislang ist aber kein einziges Unternehmen in die Hand der privaten Wirtschaft übergewechselt. Noch im März scheiterte die Auktion von 60% Anteil (380 Mio. Aktien) an Taiwan Manufacturing Corp. an fehlendem Angebot. Das Unternehmen hat in den letzten fünf Jahren insgesamt rund 300 Mio. US\$ Verlust eingefahren. (IHT, 7.3.94)

Schlechte Ergebnisse zeigt auch die jüngste öffentliche Emission von Aktien der China Steel Corp., obwohl de-

ren Geschäfte zur Zeit blühen. Die Stahlhütte, die weltweit an 19. Stelle steht, hat in den ersten acht Monaten des laufenden Fiskaljahres (per Ende Juni) bereits einen Gewinn von 7,82 Mrd. NT\$ (= 296,4 Mio. US\$) erwirtschaftet, 72% mehr als vor einem Jahr oder fast genauso hoch wie im letzten Fiskaljahr mit 7,84 Mrd. NT\$. Mit rund 19% lag die Profitrate weltweit unter den führenden Stahlproduzenten an der Spitze, weit vor der zweithöchsten von 3%, die das südkoreanische Unternehmen Pohang Iron & Steel Co. erzielte. Angesichts solch rosiger Bilanzen hatte die Regierung ursprünglich geplant, bis Mitte 1995 insgesamt 1,53 Mrd. Aktien des Stahlunternehmens zu emittieren, um so den staatlichen Holdingsanteil von 76% auf 51% zu senken. Während die Anfang März d.J. emittierten 72 Mio. Aktien noch zu 24% an Investoren verkauft wurden, hatte die zweite Emission von 288 Mio. Aktien nur eine Umsatzquote von 5,7%. (AWSJ, 23.-24.3.94)

Trotz der Mißerfolge erklärte Ministerpräsident Lian Zhan (Lien Chan) am 2. April, daß die Regierung bis Ende dieses Jahres zwei oder drei Staatsbetriebe privatisieren werde. Es handelt sich dabei um den Verkauf von BES Engineering Corp. und Chung Kuo Insurance Co. (AWSJ, 4., 20.4.94) Zur Beschleunigung der Privatisierung hat die Central Bank of China in Taipei die Schleusen für ausländisches Kapital weiter geöffnet. Im August vergangenen Jahres wurde die Grenze für den Erwerb taiwanesischer Wertpapiere durch ausgesuchte ausländische Investoren von 2,5 Mrd. US\$ auf 5 Mrd. US\$ heraufgesetzt, Anfang März d.J. fand eine weitere Aufstockung auf 7,5 Mrd. US\$ statt. (NZZ, 25.3.94) Ferner lockerte die taiwanische Securities and Exchange Commission die Beschränkungen für ausländische Investitionsorganisationen: Sie dürfen nun Aktien öffentlicher Emissionen direkt erwerben. (AWSJ, 4.5.94) -ni-

Hongkong und Macau

*(33)

Protestdemonstration in Hongkong gegen die hohe Strafe für einen Hongkonger Reporter durch Beijing

Am 16. April marschierten rund 2.000 Menschen zur Zweigstelle der chinesischen Presseagentur Xinhua in Hong-

kong (quasi der diplomatischen Vertretung der VR China in der britischen Kolonie), um gegen die Inhaftierung eines Korrespondenten der Hongkonger Zeitung *Ming Pao Daily* durch Beijing zu demonstrieren. Der Journalist Xi Yang, 38 Jahre alt und Bürger der VR China, war im September 1993 in Beijing verhaftet und am 28. März d.J. in einem geheimen Prozeß vom Gericht zu 12 Jahren Haft verurteilt worden unter der Beschuldigung, chinesische Staatsgeheimnisse über Zins- und Goldreservenmaßnahmen durch Bestechung erlangt und veröffentlicht zu haben. Ein Mitarbeiter der Chinesischen Volksbank (Zentralbank), Tian Ye, der die Information an Xi Yang weitergegeben hatte, bekam eine Haft von 15 Jahren.

Die Demonstration erfolgte unmittelbar nach der Ablehnung der Berufung der Betroffenen durch das Gericht in zweiter Instanz in Beijing. Viele Journalisten in Hongkong sehen die hohe Strafe für Xi Yang als eine Bedrohung der Pressefreiheit in Hongkong. Die britische Kolonie wird in drei Jahren an China zurückgegeben. (IHT, 8., 16./17.4.94; AWSJ, 8., 18.4.94) -ni-

*(34)

Unterstützung des britischen Parlaments zur Beschleunigung des Demokratisierungsprozesses in Hongkong

Das einflußreiche Foreign Affairs Select Committee des britischen Unterhauses hat in einem Bericht seine volle Unterstützung für die politische Reform von Gouverneur Chris Patten zur Beschleunigung der Demokratisierung in der britischen Kolonie Hongkong vor deren Übergabe 1997 an China zum Ausdruck gebracht. Die Parlamentarier meinen, daß infolge des Vorfalls auf dem Tiananmen-Platz (1989 in Beijing) der Bedarf an Demokratie in Hongkong dringender denn je geworden sei. Gouverneur Patten habe den richtigen Kurs eingeschlagen, um die Bedürfnisse der Bevölkerung Hongkongs zu erfüllen. Das Komitee schlug der britischen Regierung vor, weiterhin nach internationaler Unterstützung für die Garantie der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in Hongkong zu streben. Falls die chinesische Seite die Verhandlungen in der sino-britischen Liaisongruppe über die politische Reform in Hongkong weiter verhindere, habe die britische Seite keine Alternative, als die erforder-

derlichen Gesetze für die Übergabe der Souveränität durch die Hongkonger Regierung und den Legislativrat einseitig zu beschließen. (SCMP u. DGB, 14.4.94)

Auf der anderen Seite hat der chinesische Außenminister Qian Qichen am 15. April in einem Interview mit der Hongkonger Zeitung *Dagongbao* (Ta-Kung-Pao) darauf hingewiesen, daß der Abbruch der sino-britischen Verhandlungen nur den Übergang des Legislativorgans betreffe. Die anderen Vereinbarungen zwischen Beijing und London über die Übergabe Hongkongs seien nicht betroffen. (DGB, 17.4.94) -ni-

*(35)

Aufenthalt des portugiesischen Ministerpräsidenten Silva in Macau

Anschließend an seinen Chinabesuch (10.-16. April) hielt sich der portugiesische Ministerpräsident Anibal Cavaco Silva vier Tage (16.-20. April) in Macau auf.

Macau wird nach der Vereinbarung zwischen Lissabon und Beijing 1999 an China zurückgegeben. In einem Interview für TDM (Teledifusao de Macao) sagte Silva, daß er mit der chinesischen Führung u.a. über die Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen der Kirche Macaus und den religiösen Organisationen außerhalb des Territoriums gesprochen habe. Es geht hier offenbar um die Frage der künftigen Beziehungen zwischen der katholischen Kirche von Macau und dem Vatikan nach 1999.

Was die Nationalitätsfrage der Einwohner Macaus angeht, so versicherte der Ministerpräsident, daß diejenigen Bürger Macaus mit einem portugiesischen Paß jetzt wie in Zukunft Portugiesen seien. Beijing werde niemanden zwingen, seine Nationalität zu ändern.

Im Hinblick auf die intensiven Verhandlungen mit der chinesischen Regierung bezüglich der Übergabe Macaus ist Silva der Ansicht, daß die Verwaltung der Enklave dem portugiesischen Außenministerium unterstellt werden solle. Zur Zeit untersteht sie unmittelbar dem Präsidenten. (SWB, 20.4.94) -ni-

Oskar Weggel

Islamischer Fundamentalismus, pantürkischer Integrationsismus oder chinesischer Reformismus?

Li Pengs Reise durch fünf zentralasiatische Republiken

1

Li Pengs (verzögerte) "Seidenstraßen"-Reise

Vom 18. bis 29. April, also zwölf Tage lang, unternahm der chinesische Ministerpräsident Li Peng eine Reise durch fünf zentralasiatische Staaten, von denen vier erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ihre Selbstständigkeit erlangt haben, nämlich durch Kasachstan, Kirgisien, Turkmenistan und Usbekistan sowie in die Mongolische Volksrepublik.

Die Reise war bereits ein Jahr früher geplant gewesen, hatte aber dann doch nicht stattgefunden, weil Li Peng damals plötzlich von der Bildfläche verschwunden war - und seine Abwesenheit übrigens wochenlang Spekulationen nach sich gezogen hatte. Erst im Juni 1993 war er wieder aufgetaucht und hatte vor der Öffentlichkeit bekanntgegeben, daß er in der Zwischenzeit ein Herzleiden habe auskurieren müssen.

Die Reise fand nun also mit einem Jahr Verspätung statt und führte in ein für China geopolitisch heikles Gebiet, da von den neu entstandenen sechs islamischen Republiken jederzeit nationale, religiöse (islamisch-fundamentalistische) und pantürkische Funken auf Gebiete Chinas, vor allem auf Xinjiang, Ningxia, Hui, Gansu und Qinghai überspringen können - am wenigsten noch von Aserbeidschan, das weitab im Westen liegt, dafür aber um so eher von Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan aus, die unmittelbar an Westchina grenzen, möglicherweise aber auch von Usbekistan und Turkmenistan, die zwar keine gemeinsamen Grenzen mit China haben, aber doch in durchaus "gefährlicher Nähe" liegen, sollten sich dort Unruheherde entwickeln.¹

2

Fünf Stationen

2.1

Usbekistan

Erste Station der Reise Lis war Taschkent, die Hauptstadt von Usbekistan, wo der Ministerpräsident sich drei Tage aufhielt. Themen waren hier die Zusammenarbeit beim "Ausbau einer modernen Seidenstraße". Da in der